

Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte

(Anwaltsgesetz, BGFA)

vom ...

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

gestützt auf die Artikel 31^{bis} Absatz 2 und 33 Absatz 2 der Bundesverfassung,
nach Einsicht in die Botschaft des Bundesrates vom ...¹,

beschliesst:

1. Abschnitt: Gegenstand und Geltungsbereich

Art. 1 Gegenstand

Dieses Gesetz gewährleistet die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte und legt Grundsätze für die Ausübung des Anwaltsberufs in der Schweiz fest.

Art. 2 Persönlicher Geltungsbereich

Dieses Gesetz gilt für Personen, die über ein Anwaltspatent verfügen und in der Schweiz Parteien vor Gerichtsbehörden vertreten.

2. Abschnitt: Freizügigkeit und kantonales Anwaltsregister

Art. 3 Grundsatz der Freizügigkeit

Anwältinnen und Anwälte, die in einem kantonalen Anwaltsregister eingetragen sind, können in der Schweiz ohne Bewilligung Parteien vor Gerichtsbehörden vertreten.

¹ BBl 1996 ...

Art. 4 Kantonales Anwaltsregister

¹Jeder Kanton führt ein Register der Anwältinnen und Anwälte, die über eine Geschäftsadresse auf dem Kantonsgebiet verfügen und die Voraussetzungen nach den Artikeln 6 und 7 erfüllen.

²Das Register enthält folgende persönliche Daten:

- a. den Namen, den Vornamen, das Geburtsdatum und den Heimatort oder die Staatsangehörigkeit;
- b. eine Kopie des Anwaltspatentes;
- c. die Bescheinigungen, welche belegen, dass die Voraussetzungen nach Artikel 7 erfüllt sind;
- d. die Geschäftsadresse(n);
- e. die nicht gelöschten Disziplinar massnahmen.

³Es wird von der kantonalen Aufsichtsbehörde über Anwältinnen und Anwälte geführt.

Art. 5 Eintragung ins Register

¹Anwältinnen und Anwälte, die Parteien vor Gerichtsbehörden vertreten wollen, müssen sich ins Register desjenigen Kantons eintragen lassen, in dem sie über eine Geschäftsadresse verfügen.

²Die Aufsichtsbehörde trägt sie ein, wenn sie festgestellt hat, dass die Voraussetzungen nach den Artikeln 6 und 7 erfüllt sind.

³Sie teilt die Verweigerung des Eintrags mit einer Verfügung mit.

Art. 6 Fachliche Voraussetzungen

¹Für den Registereintrag müssen die Anwältinnen und Anwälte über ein Anwaltspatent verfügen, das aufgrund folgender Voraussetzungen erteilt wurde:

- a. ein mindestens dreijähriges juristisches Studium, das an einer schweizerischen Hochschule mit einem Lizentiat oder einem gleichwertigen Diplom abgeschlossen wurde;
- b. ein mindestens einjähriges Praktikum in der Schweiz, das mit einem Examen über die theoretischen und praktischen juristischen Kenntnisse abgeschlossen wurde.

²Kantone, in denen Italienisch Amtssprache ist, können ausnahmsweise ein dem Lizentiat gleichwertiges Diplom einer italienischen Hochschule anerkennen.

Art. 7 Persönliche Voraussetzungen

Für den Registereintrag müssen die Anwältinnen und Anwälte folgende persönliche Voraussetzungen erfüllen:

- a. sie müssen handlungsfähig sein;
- b. es darf keine strafrechtliche Verurteilung vorliegen wegen Handlungen, die das Ansehen des Berufsstandes beeinträchtigen, deren Eintrag im Strafregister nicht gelöscht ist;
- c. sie müssen einen guten Leumund haben;
- d. es dürfen gegen sie keine Verlustscheine bestehen;
- e. sie dürfen in den vergangenen zehn Jahren nicht Konkurs gemacht haben.

Art. 8 Einsicht in das Register

Einsicht in das Register erhalten:

- a. die eidgenössischen und kantonalen Verwaltungs- und Gerichtsbehörden, vor denen die Anwältin oder der Anwalt auftritt;
- b. die kantonalen Aufsichtsbehörden über Anwältinnen und Anwälte;
- c. die Anwältinnen und Anwälte in Bezug auf ihren Eintrag.

Art. 9 Berufsbezeichnung

¹Anwältinnen und Anwälte verwenden diejenige Berufsbezeichnung, die ihnen mit ihrem Anwaltspatent erteilt worden ist, oder eine gleichwertige Berufsbezeichnung des Kantons, in dessen Register sie eingetragen sind.

²Sie können ihren Eintrag in einem kantonalen Register erwähnen.

3. Abschnitt: Berufsregeln und Disziplinaraufsicht

Art. 10 Geltung der Berufsregeln

¹Für Anwältinnen und Anwälte gelten die eidgenössischen Berufsregeln und die Berufsregeln des Kantons, in dessen Register sie eingetragen sind.

²Üben sie den Anwaltsberuf auf dem Gebiet eines anderen Kantons aus, so gelten für sie im Zusammenhang mit dieser Tätigkeit zudem die Berufsregeln dieses Kantons.

Art. 11 Eidgenössische Berufsregeln

Für Anwältinnen und Anwälte gelten folgende eidgenössische Berufsregeln:

- a. sie üben ihren Beruf unabhängig, in eigenem Namen und auf eigene Verantwortung aus;
- b. sie und ihre Hilfspersonen unterstehen zeitlich unbegrenzt dem Berufsgeheimnis nach Artikel 321 des Strafgesetzbuchs¹;
- c. sie dürfen vor Beendigung eines Rechtsstreits mit der Klientin oder dem Klienten keine Vereinbarung über die Beteiligung am Prozessgewinn als Ersatz für das Honorar abschliessen;
- d. sie haben eine Berufshaftpflichtversicherung nach Massgabe der Art und des Umfangs der Risiken, die mit ihrer Tätigkeit verbunden sind, abzuschliessen;
- e. sie sind verpflichtet, in dem Kanton, in dessen Register sie eingetragen sind, amtliche Pflichtverteidigungen und unentgeltliche Rechtsvertretungen zu übernehmen;
- f. sie sind verpflichtet, die ihnen anvertrauten Vermögenswerte getrennt von ihrem Vermögen aufzubewahren;

¹ SR 311.0

- g. sie informieren ihre Klientinnen und Klienten periodisch über die Höhe des geschuldeten Honorars;
- h. sie teilen der Aufsichtsbehörde jede Änderung der sie betreffenden Daten im Register mit.

Art. 12 Kantonale Aufsichtsbehörde über Anwältinnen und Anwälte

¹Jeder Kanton bezeichnet eine Behörde, welche die gesamte Berufstätigkeit der auf dem Kantonsgebiet tätigen Anwältinnen und Anwälte beaufsichtigt.

²Die Kantone teilen dem Bundesamt für Justiz die zuständigen Aufsichtsbehörden mit.

³Die Liste der Aufsichtsbehörden wird nach Ablauf der in Artikel 23 vorgesehenen Frist im Anhang dieses Gesetzes veröffentlicht.

Art. 13 Meldepflicht

Die Gerichte, die Strafuntersuchungsbehörden und die Verwaltungsbehörden der Kantone melden der Aufsichtsbehörde ihres Kantons unverzüglich Vorfälle, welche die Berufsregeln verletzen könnten.

Art. 14 Disziplinarverfahren in einem anderen Kanton

¹Eröffnet die Aufsichtsbehörde ein Disziplinarverfahren gegen eine Anwältin oder einen Anwalt, die oder der nicht im Register des Kantons eingetragen ist, so informiert sie die Aufsichtsbehörde des Kantons, in dessen Register die Anwältin oder der Anwalt eingetragen ist.

²Beabsichtigt sie, eine Disziplinar massnahme auszusprechen, so räumt sie der Aufsichtsbehörde des Kantons, in dessen Register die Anwältin oder der Anwalt eingetragen ist, die Möglichkeit ein, zum Ergebnis der Untersuchung Stellung zu nehmen.

³Das Ergebnis des Disziplinarverfahrens ist der Aufsichtsbehörde des Kantons mitzuteilen, in dessen Register die Anwältin oder der Anwalt eingetragen ist.

Art. 15 Disziplinar massnahmen

¹Bei Verletzung der eidgenössischen oder der kantonalen Berufsregeln kann die Aufsichtsbehörde folgende Disziplinar massnahmen anordnen:

- a. eine Verwarnung;
- b. einen Verweis;
- c. eine Busse bis 20'000 Franken;
- d. ein befristetes Berufsausübungsverbot für längstens zwei Jahre;
- e. ein dauerndes Berufsausübungsverbot.

²Eine Busse kann zusätzlich zu einem Berufsausübungsverbot angeordnet werden.

Art. 16 Geltung des Berufsausübungsverbots

¹Ein Berufsausübungsverbot, das die Aufsichtsbehörde des Kantons verhängt, in dessen Register die Anwältin oder der Anwalt eingetragen ist, gilt auf dem gesamten Gebiet der Schweiz.

²Ein Berufsausübungsverbot, das die Aufsichtsbehörde eines Kantons verhängt, in dessen Register die Anwältin oder der Anwalt nicht eingetragen ist, gilt nur in diesem Kanton.

Art. 17 Verjährung

¹Die disziplinarische Verfolgung verjährt ein Jahr, nachdem die Aufsichtsbehörde vom beanstandeten Verhalten Kenntnis hatte.

²Die Frist wird durch jede Untersuchungshandlung der Aufsichtsbehörde unterbrochen.

³Die disziplinarische Verfolgung verjährt in jedem Fall fünf Jahre nach der Tat.

⁴Stellt die Verletzung der Berufsregeln eine strafrechtlich relevante Handlung dar, gilt die vom Strafrecht vorgesehene längere Verjährungsfrist.

Art. 18 Löschung der Disziplinar massnahmen

¹Verwarnungen, Verweise und Bussen werden fünf Jahre nach ihrer Anordnung im Register gelöscht.

²Ein befristetes Berufsausübungsverbot wird zehn Jahre nach seiner Aufhebung im Register gelöscht.

4. Abschnitt: Honorare

Art. 19 Kantonale Empfehlungen für die Honorare

¹Die Kantone erlassen kantonale Empfehlungen für die Festsetzung der Honorare für die Vertretung von Parteien vor Gerichtsbehörden.

²Sie können die Zuständigkeit für den Erlass solcher Empfehlungen auf eine Berufsorganisation übertragen; diese bedürfen dann der Genehmigung durch den Kanton.

Art. 20 Kantonale Behörde für die Überprüfung der Honorare

¹Jeder Kanton bezeichnet eine Behörde, die für die Überprüfung der Honorare für die Vertretung von Parteien vor Gerichtsbehörden zuständig ist.

²Die Kantone teilen dem Bundesamt für Justiz die für die Überprüfung zuständigen Behörden mit.

³Die Liste der Behörden für die Überprüfung der Honorare wird nach Ablauf der in Artikel 23 vorgesehenen Frist im Anhang dieses Gesetzes veröffentlicht.

Art. 21 Überprüfung der Honorare

Auf Begehren von Klientinnen und Klienten oder Anwältinnen und Anwälten entscheidet die zuständige kantonale Behörde über die Angemessenheit der Honorare.

5. Abschnitt: Falsche Angabe eines Registereintrags

Art. 22

¹Wer fälschlicherweise angibt, in einem kantonalen Anwaltsregister eingetragen zu sein, wird mit einer Busse bis zu 20'000 Franken bestraft.

²Die Strafverfolgung ist Sache der Kantone.

6. Abschnitt: Schlussbestimmungen

Art. 23 Anpassung des kantonalen Rechts

Die Kantone bringen ihre Vorschriften innerhalb von drei Jahren seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes mit diesem in Einklang.

Art. 24 Übergangsrecht

Personen, die aufgrund bisherigen kantonalen Rechts über ein Anwaltspatent verfügen, sind ins kantonale Register einzutragen, sofern sie in den anderen Kantonen aufgrund von Artikel 5 der Übergangsbestimmungen der Bundesverfassung eine Berufsausübungsbewilligung erhalten hätten.

Art. 25 Referendum und Inkrafttreten

¹Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

²Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

ANHANG

Liste der kantonalen Aufsichtsbehörden nach Artikel 12 des Gesetzes.

Liste der kantonalen Behörden für die Überprüfung der Honorare nach Artikel 20.

Loi fédérale sur la libre circulation des avocats

(Loi sur les avocats; LLCA)

du ...

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu les articles 31^{bis}, 2e alinéa, et 33, 2e alinéa, de la constitution;
vu le message du Conseil fédéral du ...¹,

arrête:

Section 1 Objet et champ d'application

Article premier Objet

La présente loi garantit la libre circulation des avocats et fixe des principes applicables à l'exercice de la profession d'avocat en Suisse.

Art. 2 Champ d'application personnel

La présente loi s'applique aux personnes titulaires d'un brevet d'avocat qui pratiquent la représentation en justice en Suisse.

Section 2 Libre circulation et registre cantonal des avocats

Art. 3 Principe de la libre circulation

Tout avocat inscrit à un registre cantonal des avocats peut pratiquer la représentation en justice en Suisse sans autorisation.

¹ FF 1997 ...

Art. 4 Registre cantonal des avocats

¹Chaque canton tient un registre des avocats qui disposent d'une adresse professionnelle sur le territoire cantonal et qui remplissent les conditions des articles 6 et 7.

²Le registre contient les données personnelles suivantes:

- a. le nom, le prénom, la date de naissance et le lieu d'origine ou la nationalité;
- b. une copie du brevet d'avocat;
- c. les attestations établissant que les conditions prévues à l'article 7 sont remplies;
- d. la ou les adresses professionnelles;
- e. les mesures disciplinaires non radiées.

³Il est tenu par l'autorité cantonale chargée de la surveillance des avocats.

Art. 5 Inscription au registre

¹Tout avocat qui entend pratiquer la représentation en justice doit demander son inscription au registre du canton dans lequel il dispose d'une adresse professionnelle.

²L'autorité de surveillance l'inscrit si il établit qu'il remplit les conditions des articles 6 et 7.

³Elle notifie le refus d'inscription sous la forme d'une décision.

Art. 6 Conditions de formation

¹Pour être inscrit au registre, l'avocat doit être titulaire d'un brevet délivré après:

- a. des études juridiques d'une durée de trois ans au moins, sanctionnées par une licence en droit ou un diplôme équivalent délivrés par une université suisse;
- b. un stage d'une durée d'un an au moins effectué en Suisse et sanctionné par un examen portant sur des connaissances juridiques théoriques et pratiques.

²Les cantons dans lesquels l'italien est une langue officielle peuvent exceptionnellement reconnaître un diplôme délivré par une université italienne équivalent à la licence en droit.

Art. 7 Conditions personnelles

Pour être inscrit au registre, l'avocat doit remplir les conditions personnelles suivantes:

- a. avoir la capacité civile active;
- b. ne pas avoir fait l'objet d'une condamnation pénale pour des faits contraires à la dignité de la profession, dont l'inscription n'est pas radiée au casier judiciaire;
- c. jouir d'une bonne réputation;
- d. ne pas faire l'objet d'un acte de défaut de biens;
- e. ne pas avoir fait l'objet d'un jugement de faillite dans les dix ans qui précèdent.

Art. 8 Consultation du registre

Sont admis à consulter le registre:

- a. les autorités judiciaires et administratives fédérales et cantonales devant lesquelles l'avocat exerce son activité;
- b. les autorités cantonales de surveillance des avocats;
- c. l'avocat, pour les indications qui le concernent.

Art. 9 Dénomination professionnelle

¹L'avocat fait état de son titre professionnel d'origine ou du titre équivalent du canton au registre duquel il est inscrit.

²Il peut mentionner son inscription à un registre ou à un barreau cantonal.

Section 3 Règles professionnelles et surveillance disciplinaire

Art. 10 Assujettissement aux règles professionnelles

¹L'avocat est soumis aux règles professionnelles fédérales et aux règles professionnelles du canton au registre duquel il est inscrit.

²Lorsqu'il exerce une activité sur le territoire d'un autre canton, il est en outre soumis aux règles professionnelles de ce canton dans le cadre de cette activité.

Art. 11 Règles professionnelles fédérales

L'avocat est soumis aux règles professionnelles fédérales suivantes:

- a. il exerce son activité professionnelle en toute indépendance, en son nom personnel et sous sa propre responsabilité;
- b. il est soumis, ainsi que ses auxiliaires, au secret professionnel sans limitation dans le temps conformément à l'article 321 du code pénal¹;
- c. il ne peut pas, avant la conclusion d'une affaire, passer une convention avec son client par laquelle ce dernier s'engagerait à verser à l'avocat une part du résultat de l'affaire au lieu d'honoraires;
- d. il doit être assuré pour sa responsabilité professionnelle dans une limite raisonnable, compte tenu de la nature et de l'étendue des risques liés à son activité;
- e. il est tenu d'accepter les défenses d'office et les mandats d'assistance judiciaire dans le canton au registre duquel il est inscrit;
- f. il conserve séparément les avoirs qui lui sont confiés et son patrimoine;
- g. il renseigne périodiquement son client sur le montant des honoraires dus;
- h. il communique à l'autorité de surveillance toute modification relative aux indications du registre le concernant.

¹ RS 311.0

Art. 12 Autorité cantonale de surveillance des avocats

¹Chaque canton désigne une autorité chargée de la surveillance de l'ensemble des activités professionnelles des avocats pratiquant sur son territoire.

²Les cantons communiquent à l'Office fédéral de la justice le nom de l'autorité de surveillance.

³La liste des autorités de surveillance est publiée en annexe à la présente loi à l'issue du délai prévu à l'article 23.

Art. 13 Devoir de communication

Les tribunaux cantonaux, les autorités d'instruction pénale et les autorités administratives cantonales annoncent sans retard à l'autorité de surveillance de leur canton les faits susceptibles de constituer une violation des règles professionnelles.

Art. 14 Procédure disciplinaire dans un autre canton

¹L'autorité de surveillance qui ouvre une procédure disciplinaire contre un avocat qui n'est pas inscrit dans le registre du canton doit en informer l'autorité de surveillance du canton au registre duquel l'avocat est inscrit.

²Si elle envisage de prononcer une mesure disciplinaire, l'autorité de surveillance du canton au registre duquel l'avocat est inscrit doit pouvoir prendre position sur le résultat de l'enquête.

³Le résultat de la procédure doit être communiqué à l'autorité de surveillance du canton au registre duquel l'avocat est inscrit.

Art. 15 Mesures disciplinaires

¹En cas de violation des règles professionnelles fédérales ou cantonales, l'autorité de surveillance peut prononcer les mesures disciplinaires suivantes:

- a. l'avertissement;
- b. le blâme;
- c. l'amende jusqu'à 20'000 francs;
- d. l'interdiction temporaire de pratiquer pour une durée maximale de deux ans;
- e. l'interdiction définitive de pratiquer.

²L'amende peut être cumulée avec une interdiction de pratiquer.

Art. 16 Validité de l'interdiction de pratiquer

¹L'interdiction de pratiquer prononcée par l'autorité de surveillance du canton au registre duquel l'avocat est inscrit est valable sur tout le territoire de la Confédération.

²L'interdiction de pratiquer prononcée par l'autorité de surveillance d'un canton au registre duquel l'avocat n'est pas inscrit n'est valable que dans ce canton.

Art. 17 Prescription

¹La poursuite disciplinaire est prescrite une année après que l'autorité de surveillance a eu connaissance des faits incriminés.

²Le délai est interrompu par tout acte d'instruction de l'autorité de surveillance.

³La poursuite disciplinaire est définitivement prescrite lorsque cinq ans se sont écoulés depuis la commission des faits incriminés.

⁴Si la violation des règles professionnelles constitue un acte punissable pénalement, la prescription plus longue prévue par le droit pénal s'applique à la poursuite disciplinaire.

Art. 18 Radiation des mesures disciplinaires

¹L'avertissement, le blâme et l'amende sont radiés du registre cinq ans après leur prononcé.

²L'interdiction temporaire de pratiquer est radiée du registre dix ans après la fin de ses effets.

Section 4 Honoraires

Art. 19 Recommandations cantonales en matière d'honoraires

¹Les cantons édictent des recommandations en matière d'honoraires pour l'activité juridictionnelle des avocats.

²Ils peuvent déléguer à une organisation professionnelle la compétence d'édicter de telles recommandations; ils doivent alors les approuver.

Art. 20 Autorité cantonale de modération des honoraires

¹Chaque canton désigne une autorité chargée de la modération des honoraires pour l'activité juridictionnelle des avocats.

²Les cantons communiquent à l'Office fédéral de la justice le nom de l'autorité de modération.

³La liste des autorités de modération est publiée en annexe à la présente loi à l'issue du délai prévu à l'article 23.

Art. 21 Examen des honoraires

Sur demande d'un client ou d'un avocat, l'autorité cantonale compétente décide si le montant des honoraires se situe dans des limites convenables.

Section 5 **Mention abusive d'une inscription au registre**

Art. 22

¹Celui qui se sera prévalu abusivement d'une inscription à un registre ou à un barreau cantonal des avocats sera puni d'une amende de 20'000 francs au plus.

²La poursuite pénale incombe aux cantons.

Section 6 **Dispositions finales**

Art. 23 Adaptation du droit cantonal

Les cantons adaptent leurs prescriptions à celles de la présente loi dans un délai de trois ans à compter de son entrée en vigueur.

Art. 24 Droit transitoire

Les personnes titulaires de brevets d'avocat délivrés conformément à l'ancien droit cantonal doivent être inscrites à un registre cantonal si elles pouvaient obtenir une autorisation de pratiquer dans les autres cantons en vertu de l'article 5 des dispositions transitoires de la constitution.

Art. 25 Référendum et entrée en vigueur

¹La présente loi est sujette au référendum facultatif.

²Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

ANNEXE

Liste des autorités cantonales de surveillance au sens de l'article 12.

Liste des autorités cantonales de modération au sens de l'article 20.